

## Drei Burschen auf krummen Wegen

Frümsen. – Ein 16- und ein 17-jähriger Bursche sind am Sonntag mit einem entwendeten Personenwagen verunfallt. Die beiden konnten nach einer Fahndung zusammen mit einem weiteren 16-Jährigen im Raume Werdenberg festgenommen werden. Die beiden 16-Jährigen entwendeten das Auto am Samstagabend in Appenzell Ausserrhoden. Unterwegs gesellte sich ein um ein Jahr älterer Kollege zu den beiden. Abwechslungsweise lenkten sie das Fahrzeug und schliefen einige Stunden im Raum Werdenberg. Am Sonntag führten zwei der drei Jugendlichen weitere Strolchenfahrten durch. Im Raum Sennwald-Frümsen brachen sie an einem noch unbekanntem Ort einen Getränkeautomaten auf und sties diesen über eine Mauer. Am Sonntagabend prallten sie mit dem Auto gegen einen Gartenzaun und flüchteten zu Fuss. Sie konnten wenige Stunden später zusammen mit ihrem dritten Kollegen festgenommen werden. Der Älteste des Trios wurde wieder in die Obhut der Eltern gegeben, die beiden Jüngeren in Jugendheime gebracht. (kapo)

# Justizposse um Unia-Protest gegen Skandallöhne

**Gestern fand am Kreisgericht St. Gallen das Nachspiel zu einer gewerkschaftlichen Protestaktion gegen Skandallöhne statt. Der Unia-Sekretär kassierte eine Busse.**

Von Ralph Hug

St. Gallen. – Mit ihrer Unterschriften- und Protestaktion vom 26. Januar wollte die Gewerkschaft Unia im Rahmen einer Lohndumpingkampagne auf unzumutbare Tiefelöhne aufmerksam machen. Bei einer Schuhkette in einem Einkaufszentrum in St. Gallen hatte die Gewerkschaft Verkäuferinnenlöhne von Fr. 15.60 pro Stunde ausgemacht. Rund ein Dutzend Aktivisten platzierten sich eine halbe Stunde lang mit Transparenten und Plakaten beim Broderbrunnen.

Die Aktion hatte ein gerichtliches Nachspiel, weil es im Bewilligungs-

verfahren mit der Stadtpolizei zu einem Hin und Her gekommen war. Die Behörde hatte die Startaktion zwar bewilligt, doch lediglich für den Platz am Multertor, aber nicht wie gewünscht beim Broderbrunnen in der Nähe des kritisierten Schuhgeschäfts. Unia erhob Rekurs.

### Einsprache gegen Strafbefehl

Das Verfahren nahm nun seinen Lauf und entwickelte sich zusehends zur Justizposse. Das Justizdepartement entschied im März zugunsten der Stadtpolizei, worauf der verantwortliche Unia-Regio-Sekretär Thomas Wepf einen Strafbefehl wegen Ungehorsams gegen amtliche Verfügungen mit einer Busse von 500 Franken erhielt. Wepf erhob Einsprache und argumentierte, die Protestaktion sei durch die Kommunikations-Grundrechte geschützt gewesen.

Das Untersuchungsrichteramt erhob darauf Anklage und zog als Straf-

tatbestand auch «gesteigerten Gemeingebrauch ohne Bewilligung» in Erwägung. Gestern kam es vor dem Einzelrichter am Kreisgericht zur Verhandlung. Am Anfang stand ein Augenschein beim Broderbrunnen. Staatsanwalt Thomas Hansjakob stellte stellvertretend für den Untersuchungsrichter klar, dass es zwar um eine Bagatelle gehe, doch sei eine Sanktion fällig, weil für die Aktion ein Platz benutzt wurde, für den keine Bewilligung vorlag. Er verlangte eine reduzierte Busse von 400 Franken.

### «Obrigkeithliche Mentalität»

Wepfs Verteidiger, der am Sonntag zum Ständerat gewählte Paul Rechsteiner, forderte einen Freispruch. In der Verfügung stehe nichts vom Broderbrunnen, und daher gebe es auch keinen Verstoß. Er plädierte für eine grundrechtskonforme Interpretation und wehrte sich gegen die «obrigkeithliche Mentalität, dass alles verboten

ist, was nicht ausdrücklich erlaubt worden ist».

Die Parteien mussten unüblich lange bis zur Urteilsverkündung warten. Der Einzelrichter wollte sich weder dem Staatsanwalt noch dem Verteidiger anschliessen, sondern suchte einen eigenen Weg. Dieser bestand darin, dass Wepf nun eine Busse von 300 Franken bezahlen muss, aber nicht wegen einer Straftat, sondern bloss wegen einer Ordnungswidrigkeit gemäss städtischem Polizeireglement. Der Einzelrichter sah «gesteigerten Gemeingebrauch» beim Broderbrunnen als gegeben an. Für die Nutzung des Platzes hätte eine Bewilligung eingeholt werden müssen. Laut dem Richter hätte die Protestaktion ohne Störung der Passanten genauso gut am Multertor durchgeführt werden können. Dies allerdings sorgte bei den anwesenden Gewerkschaftern für Kopfschütteln. Ob der Fall noch ein weiteres Nachspiel hat, ist offen.

# Knallhart sparen oder ein höherer Staatssteuerfuss?

**Was nun mit dem Budget für das kommende Jahr vorliegt, hat sich abgezeichnet: Die Finanzen im Kanton St. Gallen sind aus dem Lot. Die Sarganserländer Volksvertreter wissen um das Dilemma. Aber: Soll gespart oder der Steuerfuss erhöht werden?**

Umfrage von Reto Neuraüter

Heute geht es ans Eingemachte: Der Rat muss über den Voranschlag für das Jahr 2012 befinden. Dieser sieht einen Aufwandüberschuss von 30,2 Millionen vor. Damit nicht genug: Um die gesetzlich zulässige Limite für den Aufwandüberschuss nicht zu überschreiten, sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital von 200 Millionen Franken sowie die Anpassung des Steuerfusses um zehn Prozentpunkte notwendig.

Trotz grosser Sparmassnahmen der Regierung hat sich also die Finanzlage des Kantons weiter verschärft. Kommt hinzu, dass auch das Ergebnis für das laufende Jahr um 67 Millionen schlechter ausfällt als geplant (statt 23 nun 90 Millionen im Minus). Wir wollten von den Sarganserländer Kantonsräten wissen, ob da guter Rat teuer ist, und was nach deren Meinung nun sofort oder längerfristig geschehen muss.

**David Imper** (CVP, Heiligkreuz): Im Aufgaben- und Finanzplan zeichnen sich am Finanzhimmel seit Längerem düstere Wolken ab. Diese haben sich nun aufgrund folgender, vorwiegend externer Faktoren leider deutlich schneller als befürchtet genähert: Ausfall Gewinnausschüttung Nationalbank 100 Millionen, Mindereinnahmen Bundesfinanzausgleich 30 Millionen, Mindereinnahmen Aktien Kantonbank und SAK 8 Millionen, konjunktureller Rückgang der Steuereinnahmen 40 Millionen, neue Spitalfinanzierung (Bundesgesetzvorgabe) 60 Millionen. Deshalb sehe ich unseren Kurs bestätigt, dass bereits mit Massnahmen über 80 Millionen eingespart werden und wir uns den ständigen Ausbauwünschen der Ratslinken widersetzen konnten. Weitere Sparmassnahmen im Umfang von über 80 Millionen – darunter alle neuen Stellenbegehren – setzte die Regierung bei der Erarbeitung des Voranschlags um. Nun ist in den kommenden Jahren mit einer Vergrösserung

der Finanzierungslücke um weitere 300 Millionen Franken (zirka 30 Steuerprozent) zu rechnen, weshalb weitere Massnahmen notwendig werden. Erfreut nahm ich in der Finanzkommission davon Kenntnis, dass die Regierung der von uns geforderten externen Prüfung der kantonalen Verwaltung zugestimmt hat, sodass bis zum kommenden



Frühjahr geordnet weitere Massnahmen erarbeitet und beschlossen werden können. Dieser von der Finanzkommission einstimmig (inklusive der fünf SVP-Mitglieder!) unterstützte, jedoch unangenehme Weg ist konsequent zu verfolgen. Dazu gehört auch die im Budget 2012 beantragte Steuerfusserhöhung.

**Elisabeth Schnider** (SVP, Vilterswangs): Sparen, sparen, sparen heisst das Lösungswort. Und zwar überall, flächendeckend. Ein zweites Sparpaket wird unumgänglich sein. Nur so kommt der Kanton aus dieser misslichen Lage wieder heraus. Was nicht dringend notwendig oder gegeben ist, muss hinterfragt und Wünschbares zurückgestellt werden. Es bringt auch nichts, wenn man sagt, dass gerade in Krisenzeiten die öffentliche Hand Arbeit schaffen muss. Das Submissionsgesetz ist «eurokompatibel» und Aufträge müssen somit in ganz Europa ausgeschrieben werden. Was bringt es denn unserem Gewerbe, wenn ein grosser Teil der Arbeiten nach Österreich oder Deutschland vergeben werden muss? Jedenfalls bin ich absolut gegen eine Steuerfusserhöhung. Es kann nicht sein, dass der «normale» Bürger zur Kasse gebeten wird, und der Kantonsrat «segnet» das Budget einfach als gegeben ab.



**Ferdinand Riederer** (FDP, Valens): Die finanzielle Lage des Kantons ist zurzeit unbefriedigend. Dank einer guten Reservesituation wird die Lage ein wenig verbessert, indem beträchtliche Summen aus der Reserve entnommen werden. Die Regierung muss

weitere nachhaltige Sparmassnahmen aufzeigen. Eine Steuererhöhung ist leider zum jetzigen Zeitpunkt fast unumgänglich. Wo man wirklich sparen kann, ja da gehen die Meinungen



noch stark auseinander. So bleibt zu hoffen, dass uns die Regierung einige ausgewogene Vorschläge präsentieren wird. Eine Überprüfung der Staatsaufgaben durch Externe scheint sinnvoll, und es ist zu hoffen, dass sie uns auch einige Sparpotenziale aufzeigen.

**Christof Hartmann** (SVP, Walenstadt): Ich bin klar gegen Steuerfusserhöhungen, aber für weitere nachhaltige Sparmassnahmen. Seit Jahren ist bekannt, dass diese Situation eintreten wird: Wir geben mehr aus, als wir einnehmen. Galt unser Kanton in der Vergangenheit in Sachen Finanzen als Musterknabe, droht nun das Gegenteil: Unser Eigenkapital schmilzt dahin wie der Schnee an der Sonne. Die Ausgaben sind in den letzten sieben Jahren von 3,5 auf 4,4 Milliarden Franken «explodiert»: Keine Spur von Sparmassnahmen oder -willen. Warum wurde die von der SVP-Fraktion in der Septembersession eingereichte Interpellation zum Wachstum des Personalbestandes, der Personalkosten und der Lohnsumme im Staat bis heute nicht beantwortet? Zufall? In Zukunft sind Einsparungen von gegen 300 Millionen pro Jahr notwendig. Ich bin dafür, dass die St. Galler Staatsausgaben auf jährlich 4 Milliarden zu begrenzen sind. Das Budget 2012 zeigt einen Aufwandüberschuss von 256 Millionen. Einsparungen von 5 Prozent über alle Ausgaben und Departemente hätten zur Folge, dass kein Eigenkapital bezogen und keine Steuern erhöht werden müssten. Meiner Meinung nach muss dies möglich sein.



**Martina Gadiet** (SP, Walenstadt): Die SP-Fraktion wird dem Voranschlag 2012 zustimmen, auch wenn uns die finanzielle Situation des Kantons grosse Sorgen macht. Es fehlen auf

verschiedenen Ebenen Einnahmen: weniger Einnahmen von der Nationalbank, Steuerausfälle usw. Zudem hat der Kanton massive Mehrausgaben in der Pflege- wie auch Spitalfinanzierung. Sparen ist schon gut, nur reicht das allein nicht mehr aus, und immer nur Druck auf die personelle Situation zu machen, führt nicht weiter. Jetzt muss auch die



Einnahmenseite verbessert werden. Die ist nur mit einer Erhöhung des Staatssteuerfusses möglich. Wir erachten auch gezielte Korrekturen im Steuerfuss als notwendig. Dabei dürfen aber nicht die tiefen und mittleren Einkommen belastet werden.

**Valentin Rehli** (CVP, Walenstadt): Der Voranschlag 2012 fällt, nicht unerwartet, düster aus. Es klafft eine grosse Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates in Form eines Aufwandüberschusses. Die Budgethoheit liegt bekanntlich beim Kantonsrat, und somit sind entsprechende Massnahmen durch das Parlament heute zu beschliessen. Naturgemäss werden unterschiedliche Ansätze (einnahmen- und ausgabenseitig) zum Ausgleich beziehungsweise zur Verbesserung des finanziellen Defizites bestehen. Ich erwarte eine moderate Anpassung des Staatssteuerfusses für das kommende



Jahr. Die Sparanstrengungen des Kantons müssen jedoch weitergehen. Langfristig müssen voraussichtlich auch bestimmte Staatsausgaben überprüft werden. Gesamthaft ist eine lösungsorientierte Fiskalpolitik gefragt, um die gesetzliche Limite für den Aufwandüberschuss in Zukunft nicht zu überschreiten.

**Franz Wachter** (SVP, Bad Ragaz): Für mich gibt es nur eins: Das Geschäft zurückweisen und von der Regierung ein ausgeglichenes Budget ohne Steuerfusserhöhung fordern. Scheinbar ist die Nachricht, «zu sparen», noch nicht in jedem Departement und bei jedem und jeder Kantonsangestellten angekommen. Es ist meines Erachtens

nicht die Aufgabe des Kantonsrates, zu sagen, wo gespart werden soll. Vielmehr sollen die Departemente Vorschläge machen, die uns dann zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist unverantwortbar, gerade in der heutigen, wirtschaftlich schwierigen Lage die Steuern noch zu erhöhen und somit den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Gerade in dieser Zeit, in der unseren Steuerzahlern und Unternehmern ein eisiger nationaler und internationaler Wind entgegenpfeift, ist es falsch, solche Massnahmen wie Steuerfusserhöhungen zu treffen.



**Walter Gartmann** (SVP, Märis-Vermol): Die Ausgaben des Kantons St. Gallen werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 270 Millionen Franken höher liegen als die Einnahmen. Was jedem verantwortungsbewussten Familienvater schlaflose Nächte bereiten würde, scheint die St. Galler Regierung nicht zu beeindrucken. Davon muss man ausgehen, denn die Regierung legt auch für das Jahr 2012 wieder einen Voranschlag mit einem massiven Aufwandüber-



schuss von 256 Millionen Franken vor. Es ist offensichtlich, dass es insbesondere in den Departementen von Frau Hansmann und Herrn Haag noch einiges Sparpotenzial hat. Ich bin überzeugt, dass man nicht bei der Bildung und Sicherheit sparen sollte, sondern vielmehr bei den Personalauswüchsen in den genannten Departementen. Ich glaube kaum, dass unnütze Gesetze wie zum Beispiel Rauchverbote oder aufwendige Bauauflagen, welche wieder etliche Beamtenstellen im Amt für Umweltschutz schufen, notwendig waren. Solange die Regierung nicht imstande ist, dem Kantonsrat auf eine vor längerer Zeit eingereichte Interpellation mit den Fragen über den aktuellen Personalbestand und dessen Zuwachs mit entsprechenden Kosten in den letzten zwei Jahren Auskunft zu geben, sehe ich keinen Grund, einer Steuererhöhung zuzustimmen.